

Niederschrift
über die Konstituierende Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 03.03.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:39 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Dr. Wolfgang Aubke	als Vertretung für Herrn Weber ab 17.52 Uhr
Herr Vincenzo Copertino	
Frau Tanja Orlowski	
Herr Stephan Richter	
Herr Michael Weber	bis 17.52 Uhr
Herr Ralf Wiedemann	

SPD

Herr Melchior Johann Fluhme
Herr Markus Kollmeier
Frau Lisa Marie Krätschmer
Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lars Bauerdick	
Herr Joachim Hood	Stellv. Vorsitzender
Frau Claudia Schmidt	

AfD

Herr Ricky Barylski
Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier	Vorsitzende
Herr Dr. Dirk Schmitz	

FDP

Herr Linus Runge

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Bernd Schatschneider	BSW
Herr Michael Gugat	LiB

Verwaltung

Frau Silke Aron	Büro für Sozialplanung
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Dania Kitzig	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Aiko Linnenbürger	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Simon Löwenstein	CDU-Fraktionsreferent
Frau Finja Lübbert	Büro für Sozialplanung
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dez. 5
Frau Elke Riemann	Stab Dez. 3
Frau Claudia Schoof	Büro für Sozialplanung
Herr Sören Wiebusch	Stab Dez. 5

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
------------------------	--

Gäste

Herr Alex	Jobcenter ArbeitPlus Bielefeld
Herr Dräger	Agentur für Arbeit Bielefeld
Herr Wittler	REGEmbH
Frau Hopster	AGW

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Beier begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses in der neuen Wahlperiode 2025-2030 und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur **Tagesordnung** teilt Vorsitzende Frau Beier mit, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag zu **TOP 7.1** „Ärztliche Versorgung nachhaltig sichern“ vom 26.06.2025 mit der **Drs.-Nr. 10613/2020-2025** zurückgezogen habe. Dadurch entfalle auch die Behandlung des sich darauf beziehenden Änderungsantrages der AfD mit der **Drs.-Nr. 10641/2020-2025**.

Nach dem Versand der Einladung seien zwei weitere **Anträge zu TOP 7.2** eingegangen: ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD zu Drs.-Nr. 0310/2025-2030 vom 27.02.2026 mit der **Drs.-Nr. 0781/2025-2030** sowie ein Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.03.2026 zum Änderungsantrag **Drs.-Nr. 0781/2025-2030**.

Zu **TOP 14.1** gebe es eine ersetzende Nachtragsvorlage mit der **Drs.-Nr. 0298/2025-2030/1**.

Die Sitzungsunterlagen stünden vollständig im Informationssystem zur Verfügung.

Ohne weitere Änderungswünsche erklären sich die Anwesenden mit der geänderten Tagesordnung einverstanden.

Zu Punkt 1

Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie deren Stellvertretungen

Vorsitzende Frau Beier führt die neuen sachkundigen Bürgerinnen und Bürger

Herr Dr. Wolfgang Aubke
Frau Sarah Gevers
Herr Dietrich Gipper
Herr Johannes Grafahrend
Herr Melchior Fluhme
Frau Sarah Laukötter
Herr Linus Runge
Herr Ismail Taş
Frau Ruth Wegner
Frau Dorothea Wehrmann
Herr Ralf Wiedemann

in die Arbeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses ein und verpflichtet sie nach folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Zu Punkt 2 Bestellung der Schriftführung

Beschluss:

Frau Britta Zimmermann wird zur Schriftführerin des Sozial- und Gesundheitsausschusses bestellt.
Schriftführer im Vertretungsfall ist Herr Sven Schloemann.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Kenntnisnahme des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 52. Sitzung (2020-2025) des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 24.06.2025

- Der Ausschuss nimmt den öffentlichen Teil der Niederschrift über die 52. Sitzung (2020-2025) des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 24.06.2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 4 Kenntnisnahme der Niederschrift über die Gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss am 10.07.2025 (53. Sitzung / 2020-2025)

- Der Ausschuss nimmt die Niederschrift über die Gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss (53. Sitzung / 2020-2025) am 10.07.2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 5 Mitteilungen

Zu Punkt 5.1 Sachstand zur Eröffnung des Stadtteilzentrums Helli

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus, 01.03. – 30.04.2026

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 5.3 Förderprogramm „2000 x 1000 Euro für das Engagement“

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 5.4 Heimat-Preis 2026

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 5.5 Mitglieder der Kommunalen Gesundheitskonferenz aus den Fraktionen

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

**Zu Punkt 5.6 Abschluss der Vergabeverfahren für das Objekt
„Kammermühlenweg“
a) Bewirtschaftung
b) Sicherheitsdienst**

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

**Zu Punkt 5.7
bis
Punkt 5.11 Antworten der Verwaltung zu Anfragen der Fraktionen aus den Ratssitzungen**

- Der Ausschuss nimmt die Antworten der Verwaltung aus vorangegangenen Ratssitzungen zu den Anfragen mit den Drs.-Nr. 0131/2025-2030, 0132/2025-2030, 0328/2025-2030, 0272/2025-2030 und 0279/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 5.12 Sitzungskalender 2026

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Sitzungstermine zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 6 Anfragen

Die Antworten der Verwaltung standen rechtzeitig im Informationssystem zur Verfügung.

Zu Punkt 6.1 Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes (Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 19.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0711/2025-2030

Herr Hood geht auf die Hintergründe der Anfrage ein und betont den Wunsch seiner Fraktion, dass sich die Quote der tatsächlichen Inanspruchnahme erhöhe. Als Maßnahme hierfür sehe er u.a. verstärkte Hinweise und Hilfestellung durch die Schulsozialarbeit.

Er fragt nach dem konkreten Prozedere der Bewilligung, Aufladung und Abbuchung der BuT-Leistung, und wo es Reibungsverluste zwischen der Leistungsbewilligung und der tatsächlichen Inanspruchnahme geben könne.

Hierzu antwortet Herr Linnenbürger, dass die Aufladung der Karte in Abhängigkeit von der Laufzeit der bewilligten Ausgangsleistung wie z.B. Wohngeld o.a. geschehe, also maximal bis 12 Monate. Dies gelte für die pauschalierten Teilhabeleistungen. Für Leistungen der Lernförderung richte sich der Aufladezeitraum nach dem Zeitpunkt im Schulhalbjahr.

Das Team befinde sich auch aufgrund verschiedener Gesetzes-Novellen der letzten Zeit an der personellen Kapazitätsgrenze, so dass es zu Verzögerungen bei der Aufladung komme. Hier arbeite die Verwaltung an einer Lösung, die die Daten digital automatisch einpflege.

Herr Schmitz vertritt die Auffassung, dass das Bildungs- und Teilhabegesetz ein Bürokratiemonster sei, das überarbeitet werden müsse.

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Finanzierungsorganisierter Sozialleistungsmissbrauch (Anfrage der FDP-Fraktion vom 23.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0725/2025-2030

Herr Runge stimmt der Einschätzung der Verwaltung zur strukturellen Ausgangslage in Bielefeld nicht zu. Seine Fraktion sehe hier durchaus Potenzial für eine Teilnahme am Modellprojekt „MISSIMO“.

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 6.3

Planungsstand Unterkunft an der Ernst-Rhein-Straße (Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 23.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0723/2025-2030

Herr Hood wünscht sich, dass stringent am Thema weitergearbeitet werde, da er nicht davon ausgehe, dass die Container tatsächlich bis Mai 2028 nutzbar blieben. Es handele sich um ein dringend benötigtes Angebot in der Hilfe für wohnungs- bzw. obdachlose Menschen mit psychischen Erkrankungen und /oder Suchtproblematiken, das nicht ersatzlos wegfallen dürfe.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass es in der Tendenz darum gehe, die Container zu ersetzen. Wie dieser Ersatz bautechnisch aussehen könne und was damit für baurechtliche Konsequenzen entstünden, werde zusammen mit dem ISB und dem Bauamt geklärt. Das Projekt sei ein zentraler Baustein in der Weiteentwicklung der Wohnungslosenhilfe.

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur
Kenntnis. -

Zu Punkt 6.4

Aktueller Stand Aufenthaltsräume an der Tüte (Anfrage der FDP-Fraktion vom 23.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0726/2025-2030

Herr Hood verweist auf das in der letzten Wahlperiode lange beratene und über Parteigrenzen hinweg geschnürte Paket, das wesentlich die Punkte Witterungsschutz, Anlaufstelle und Stadthallenabgrenzung enthalte. Er wünsche sich mehr Informationen zu geprüften Standorten und fragt, ob es von der Koalition schon Überlegungen zur Finanzierung gebe.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erinnert an die PowerPoint-Präsentation und seine Ausführungen dazu im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 24.06.2025. Dort habe er ausführlich über die Prüfung verschiedener Standorte und den Hindernissen, an denen die Umsetzung bislang scheitere, berichtet. Seitdem seien keine neuen Immobilien gefunden worden, obwohl das weitere Bahnhofsumfeld auch im Zusammenhang mit der Übergangslösung für die Sanierung der KAVA intensiv in den Fokus genommen worden sei. Die Kostenfrage für eine Anlaufstelle, es gehe um rd. 1 Mio. Euro, sei in der derzeitigen Situation eine große Herausforderung.

Inhaltlich sei zum Thema die Winteröffnung des Drogenhilfezentrums zu

nennen. Dieses Angebot sei gut angenommen worden, es hätten sich z.T. 30 bis 40 Personen pro Nacht dort aufgehalten

Dies zeige den großen Bedarf und dass die Menschen dorthin fänden, trotz der längeren Wege. Daher könnte in einer Pilotphase im kommenden Winter die Nachtöffnung über einen längeren Zeitraum von mehreren Wochen angeboten werden. Dann könne überprüft werden, ob es positive Effekte nicht nur für die betroffenen Menschen, sondern auch für die Innenstadt mit Anwohnern, Geschäften und Besuchern gebe.

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 7 Anträge

Zu Punkt 7.1 Ärztliche Versorgung nachhaltig sichern

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

10613/2020-2025 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.06.2025 und
10641/2020-2025 Änderungsantrag der AfD-Ratsgruppe zur Drucks.-Nr.
10613/2020-2025)

- zurückgezogen -

-.-.-

Zu Punkt 7.2 Einrichtung einer "Sozialen Wohnraumvermittlung (Kölner Modell)" (

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

0310/2025-2030 Antrag der Fraktion Die Linke vom 13.01.2026,

0438/2025-2030 Antrag von Herrn Gugat [Einzelvertreter LiB] zur
Drucks.-Nr. 0310/2025-2030,

0781/2025-2030 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von
CDU und SPD zu Drs.-Nr. 0310/2025-2030 vom
27.02.2026,

0787/2025-2030 Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 02.03.2026 zum Änderungsantrag Drs.-Nr.
0781/2025-2030 und

0888/2025-2030 Einrichtung einer "Sozialen Wohnraumvermittlung" –
Zusammenfassung der Anträge in der Sitzung

Vorsitzende Frau Beier verweist auf die vorliegenden Anträge zum Tagesordnungspunkt. Sie schlägt vor, die vier Antragsbegehren mit folgendem Text zusammenzufassen:

Antragstext (Drs.-Nr. 0888/2025-2030, wird als Folie angezeigt):

„Die Verwaltung wird beauftragt, zur kommenden Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.04.2026 die bestehenden Angebote zur

Wohnraumvermittlung darzustellen – ebenso Umfang und Praxis des Housing First-Ansatzes. Dabei sollen neben kommunalen Angeboten auch mögliche Angebote von sozialen Trägern berücksichtigt werden.

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten,

- die „Soziale Wohnraumvermittlung“ nach dem Kölner Modell vorzustellen und zu prüfen, ob dieses Angebot für Bielefeld eine sinnvolle Ergänzung sein kann.*
- die finanzielle Absicherung der Wohnraumvermittlung über einen seit 2024 bestehenden Landesrahmenvertrag zu prüfen und Möglichkeiten der Umsetzung vorzustellen.“*

Im Anschluss äußern sich die Antragsteller.

Herr Schmitz erläutert zum Antrag seiner Fraktion, dass ein Schwerpunkt auf die Hilfe für bereits wohnungslose Menschen gelegt werden solle und nicht nur auf von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen. Er führt am Beispiel der Stadt Köln an, welche Maßnahmen möglich seien und sieht Potenzial für die Generierung von sog. „unsichtbaren Wohnungen“, die aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr als Mietwohnung angeboten würden.

Herr Kollmeier begründet den Antrag der Koalition damit, dass die Verwaltung eine Chance bekommen solle zu zeigen, wie auf die Herausforderungen am Wohnungsmarkt und die steigenden Fallzahlen von drohender oder eingetretener Wohnungslosigkeit reagiert werde. Da die von der Vorsitzenden vorgeschlagene Zusammenfassung ein Prüfauftrag an die Verwaltung sei, könne seine Fraktion mit ihrem Beschlussvorschlag mitgehen. Herr Kollmeier fragt, ob die umfassende Vorstellung der Hilfeangebote bis zum 14.04.2026 realistisch möglich sei oder ggfs. erst am 12.05.2026 erfolgen könne.

Hierzu antwortet Frau Krutwage, die Verwaltung empfehle aufgrund der Komplexität des Themas und auch der Osterferien, den Prüfauftrag aufzuteilen. In der nächsten Sitzung am 14.04.2026 könne sich die Fachstelle Wohnungserhalt im Amt für soziale Leistungen der Stadt Bielefeld vorstellen mit den aktuellen Angeboten und Projekten auch in Zusammenarbeit mit örtlichen Trägern.

Die Vorstellung von „Housing First“ sowie der Abschluss eines Landesrahmenvertrages bedürften der Abstimmung mit dem LWL und benötigten daher mehr Zeit. Sie sollten zusammen mit den finanziellen Auswirkungen in der Sitzung am 12.05.2026 thematisiert werden.

Herr Gugat bestätigt die Komplexität des Themas und drängt darauf, dass nicht nur ein Sachstandsbericht über die vielen guten Maßnahmen gegeben werde, sondern auch über mögliche weitere Verbesserungen beraten werden solle.

Herr Hood begründet den Antrag seiner Fraktion. Sie teile den Ansatz nicht, nach Beispielen an anderen Orten zu suchen, da es um die konkrete Situation vor Ort in Bielefeld gehe. Er befürwortet den Vorschlag, erst einmal die Angebotssituation auch mit ausgemachten Schwierigkeiten und Herausforderungen vorzustellen. Die Finanzierung dieser Angebote sei sicherlich eine große Herausforderung.

Für die vorhandenen Angebote nennt Herr Hood Beispiele und erläutert,

dass die Ausgangslage in Köln nicht mit der in Bielefeld zu vergleichen sei. Dort seien viele Menschen in Hotels untergebracht und der finanzielle Druck sei ein anderer gewesen. Er halte es daher für angebracht, Informationen und Beratungen über das „Kölner Modell“ zurückzustellen und sich in einem ersten Schritt auf die Situation in Bielefeld zu konzentrieren. Insoweit folge er dem Vorschlag der Vorsitzenden nicht.

Herr Kollmeier fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass sich der Ausschuss in der April-Sitzung um die Bielefelder Angebote kümmere und danach entscheide, ob weitere Angebotsformen betrachtet werden sollten.

Vorsitzende Frau Beier bestätigt, dass der zusammenfassende Antragstext so gemeint sei: in einem ersten Schritt sollten der Sachstand in der nächsten SGA-Sitzung vorgestellt und in einer weiteren Sitzung die Prüfaufträge behandelt werden.

Abschließend lässt die Vorsitzende über den von ihr vorgeschlagenen Antragstext (Drs.-Nr. 0888/2025-2030) abstimmen, mit dem die Anträge mit den Drs.-Nr. 0310/2025-2030, 0438/2025-2030, 0781/2025-2030 und 0787/2025-2030 zusammengefasst werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur kommenden Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.04.2026 die bestehenden Angebote zur Wohnraumvermittlung darzustellen – ebenso Umfang und Praxis des Housing First-Ansatzes. Dabei sollen neben kommunalen Angeboten auch mögliche Angebote von sozialen Trägern berücksichtigt werden.

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten,

- die „Soziale Wohnraumvermittlung“ nach dem Kölner Modell vorzustellen und zu prüfen, ob dieses Angebot für Bielefeld eine sinnvolle Ergänzung sein kann.
- die finanzielle Absicherung der Wohnraumvermittlung über einen seit 2024 bestehenden Landesrahmenvertrag zu prüfen und Möglichkeiten der Umsetzung vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 8

Finanzierung, Weiterentwicklung und Verstetigung von Projekten der REGE

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0572/2025-2030

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, welche Förderungen und Maßnahmen bei der REGE mbH wegfallen sollen, um mit den freiwerdenden Mitteln die aufgezählten berufsorientierenden Maßnahmen als Kernaufgabe der REGE mbH dauerhaft finanziell abzusichern. Da ein

einschlägiger Arbeitsvertrag Ende April auslaufe und für die Fortführung der Maßnahmen generell Planungssicherheit benötigt werde, sei eine zeitnahe Entscheidung wünschenswert.

Herr Schmitz beantragt die 1. Lesung der Beschlussvorlage.

Herr Dr. Sander beantragt für den Fall einer Beschlussfassung die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte, da seine Fraktion eine andere Priorisierung wünsche.

Herrn Kollmeier ist das Signal wichtig, dass Projekte wie die Berufsinformationsbörse verstetigt und gestärkt würden.

Herr Hood beantragt für seine Fraktion ebenfalls 1. Lesung in Anbetracht der Tragweite der Entscheidung. Zum einen stelle sich die strategische Finanzierungsfrage. Hierzu möchte Herr Hood wissen, in welcher Höhe die Dezernate 3 und 5 im Jahr 2026 zum globalen Minderaufwand beitragen müssten. Möglicherweise sei eine Einsparung vorrangiger als die Umschichtung der Mittel. Um dies zu beurteilen, müsse auch bekannt gemacht werden, welche Entscheidungen mit finanziellen Auswirkungen in den nächsten Monaten noch anstünden, um eine Priorisierung vornehmen zu können.

Herr Hood wünscht eine ausführliche Darstellung des erfolgreichen „Bielefelder § 16i SGB II- Modells“ mit zusätzlicher kommunaler Förderung und zusätzlichen Beratungsleistungen. Er fragt, wie viele Menschen erreicht wurden, was die Besonderheit in Bielefeld sei, ob die Beratungsleistungen der Träger entbehrlich würden und was sich durch die Streichung der kommunalen Förderung ändern würde.

Zur Ernährungsberatung in Kitas müsse sich die Politik das Gesamtpaket ansehen im Zusammenhang mit den im Jugendhilfeausschuss diskutierten Einsparungen im Kita-Bereich. Auch zur Ernährungsberatung in Kitas erwarte er daher einen ausführlichen Bericht der Verwaltung.

Er halte die vorgeschlagene Lösung nicht für langfristig genug. Er anerkenne die große Notwendigkeit der BIB, der Nacht der Berufe und des Übergangsmanagements an Realschulen, rege aber dennoch an, über alternative Durchführungsmodalitäten oder mögliche Begrenzungen nachzudenken.

Frau Hopster führt aus, dass sich die REGEmbH auf ihr Kerngeschäft besinne. Die steigende Jugendarbeitslosigkeit werde erfahrungsgemäß künftig weitere Probleme nach sich ziehen. Daher müsse ihr von der dafür geschaffenen Institution, nämlich der REGEmbH, frühzeitig entgegengetreten werden. Dies geschehe u.a. durch die Unterstützung beim Übergang von der Schule zum Beruf.

Natürlich sei Ernährungsberatung in Kitas wichtig. Die Kita-Träger verfügten selbst über großes Potenzial hierfür und könnten möglicherweise das von der REGEmbH entwickelte KnowHow übernehmen. Auch würde ihrer Ansicht nach kein Arbeitgeber auf die Einstellung einer sogenannten 16i- Kraft verzichten, nur weil die städtische Zusatzförderung entfalle. Sie habe daher große Sympathie für die in der Beschlussvorlage vorgeschlagene Umschichtung.

Herr Copertino schließt sich seiner Vorrednerin an. Er fragt die Verwaltung, ob eine 1. Lesung Probleme bringen würde im Hinblick auf

die Vertragsangelegenheiten. Seine Fraktion sei abstimmungsbereit. Auch Frau Weißenfeld signalisiert, dass die SPD-Fraktion abstimmungsbereit sei und fragt nach den Konsequenzen einer Verschiebung.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass eine Beschlussfassung in der Sitzung am 14.04.2026 ausreiche (JHA 15.04., FiPA 21.04.), auch wenn sie für die betroffenen Beschäftigten eine verlängerte Anspannung bedeute.

Für die April-Sitzung werde er die Beantwortung der heute eingebrachten Fragen vorbereiten. Die Ernährungsberatung und ihre Gegenfinanzierung müsse im Jugendhilfeausschuss am 11.03.2026 beraten werden, da dieser für die Gegenfinanzierung zuständig sei. Die zusätzliche kommunale Förderung von sogenannten 16i-Stellen sei mittlerweile durch die Etablierung dieser Beschäftigungsverhältnisse bei den Arbeitgebern weniger notwendig geworden.

Der Aufgabenbereich im Dezernat 5 bleibe aktuell mit seinem Beitrag zum globalen Minderaufwand noch deutlich unter den Erwartungen des Kämmers, welche rein rechnerisch aufgrund von Anteilen am Haushalt ermittelt worden seien. Um auch den inhaltlichen Erfordernissen gerecht zu werden, sei Augenmaß für die Veränderungen im Leistungsgeschehen nötig. Dem würde im guten Miteinander im Verwaltungsvorstand Rechnung getragen.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger kündigt an, in den nächsten Sitzungen aufzuzeigen, wo sein Dezernat zum globalen Minderaufwand beitragen werde. Er macht gleichzeitig deutlich, dass die Gesamtsumme unter der errechneten Quote liegen werde. Um zur Haushaltskonsolidierung beizutragen, würden sowohl der Sozial- und Gesundheitsausschuss als auch der Jugendhilfeausschuss an unangenehmen Entscheidungen nicht vorbeikommen.

Die Vorsitzende Frau Beier schließt den Tagesordnungspunkt mit dem Einverständnis der Anwesenden ab

1. Lesung.

Zu Punkt 9

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung - mündlicher Zwischenbericht zur Umsetzung der politischen Beschlüsse

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf die vorliegende Präsentation, die der Niederschrift als „**Anlage 1** zu TOP 9_LuF Sachstandsbericht“ beigefügt und nun von den Kolleginnen des Büros für Sozialplanung vorgestellt werde. Frau Lübbert übernimmt die Berichterstattung.

In der anschließenden Aussprache fragt Herr Hood nach dem Gesprächsstand mit den beteiligten Kommunen zur Finanzierung der Frauenberatungsstelle Nadeschda (vgl. Beschlusspunkt 1). Hierzu antwortet Erster Beigeordneter Herr Nürnberger, dass die Verhandlungen mit den anderen sechs Landkreisen sehr schwierig seien, teilweise wollten sie ihre Finanzierungsanteile deckeln. Hierzu sei die Stadt Bielefeld auch mit dem Träger der Beratungsstelle im Gespräch. Erster

Beigeordneter Herr Nürnberger stellt in Aussicht, dass das Angebot auch 2027 und weiter fortgeführt werden könne, dass bei einer Deckelung der Finanzierung aber Leistungsverlechterungen erwartbar wären.

Herr Hood möchte den Prozess zum Bürokratieabbau bei den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (vgl. Beschlusspunkt 8) forcieren. Er wünsche sich klare Vereinbarungen für die nun laufende Vertragsperiode und erwarte zeitnahe Informationen nicht erst nach Abschluss des vorgestellten partizipativen Arbeitsprozesses. Zudem bittet Herr Hood darum, dem Ausschuss den Vertragstext zur Verfügung zu stellen.

Anmerkung der Schriftführung: erledigt mit Mail vom 12.03.2026

Frau Hopster berichtet aus Trägerperspektive über einen guten Austausch mit der Verwaltung. Es käme ihrer Ansicht nach für eine gute Zusammenarbeit weniger auf das Tun an sich an, sondern vor allem auf den Umgang und die Haltung. Die Verträge seien abgeschlossen, das Geld sei zum 15.02. angekommen, die Anforderungen und die Prüfung der Verwendungsnachweise sei noch eine Baustelle.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert zum Zeitablauf, dass nach der LuF-Beschlussfassung ca. 200 Verträge mit den Leistungserbringern verhandelt, individuell angepasst und die zugrunde liegenden Kalkulationen geprüft werden mussten.

Es sei wichtig, den Bürokratieabbau mit den Trägern zu besprechen, wofür es am 22.04. den Workshop gebe. Die Vorschläge und Hinweise daraus würden dann am 09.06. mit der Politik diskutiert. Insofern könne er nicht zusichern, dass dem Ausschuss viel früher konkrete Vorschläge vorgestellt werden könnten. Es gebe sehr konkrete Überlegungen für ein einheitlicheres Vorgehen der einzelnen Ämter gegenüber den Vertragspartnern.

- Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 10

Trägerbudget für die Diakonie für Bielefeld – Haushalterische Umsetzung ab 2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0630/2025-2030

Frau Weißenfeld begrüßt die Einführung des Budgets, weil es flexibler mache. Sie fragt nach, wie bei künftigem Veränderungsbedarf die Politik eingebunden werde und weist auf Überschneidungen zum Jugendhilfeausschuss hin. Die Budgetierung dürfe ihrer Ansicht nach nicht zu Kürzungen bei der Schulsozialarbeit führen.

Herr Hood fragt, ob das Büro für Sozialplanung der richtige Ort für die Betreuung des Budgets sei und ob neben den Finanzmitteln auch die damit zusammenhängenden Stellenanteile in der Verwaltung übertragen würden.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet, dass die Budgetverträge

weiterhin eine Aufschlüsselung nach Leistungsbereichen enthielten. Es gebe Leistungs- und Ausstattungsbeschreibungen, die z.B. die personelle Ausstattung festlegten. Wesentliche Veränderungen seien weiterhin mit den zuständigen Fachämtern zu besprechen, die darüber die Fachausschüsse informieren würden.

Frau Aron ergänzt, dass für den Workshop am 09.06.2026 eine Stellwand gemeinsam mit Frau Luck zu dem mit der Diakonie für Bielefeld vereinbarten Trägerbudget geplant sei.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert weiter, dass das Büro für Sozialplanung nicht für den gesamten LuF-Prozess zuständig sei, sondern sich - auch als Serviceleistung für alle übrigen Ämter - um die Grundsatzangelegenheiten kümmere. Wenn die gegenseitige Deckungsmöglichkeit z.B. für Sachkosten verschiedener Angebote angestrebt werde, sei es sinnvoll, wenn der Vertrag an einer Stelle der Verwaltung liege, gerade um Doppelstrukturen zu vermeiden. Daher seien einige umfangreiche und ämterübergreifenden Verträge (Diakonie. Sportjugend) im Amt 540 angesiedelt. Angebote eines Trägers für einen Bereich wie z.B. die Offene Kinder- und Jugendarbeit der Falken oder die Seniorenarbeit des AWO Kreisverbandes würden von den jeweiligen Fachämtern 510 und 500 betreut.

Abschließend lässt die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

- 1. Im Haushaltsjahr 2026 wird im Budget des Büros für Sozialplanung (PSP 11.01.31, Sachkonto 53180000) ein Betrag in Höhe von insg. 1.750.926 € für die haushalterische Umsetzung des Trägerbudgets mit der Diakonie für Bielefeld außerplanmäßig nachbewilligt. Die Deckung erfolgt in voller Höhe durch Minderaufwendungen im Budget des Amtes für Soziale Leistungen (PSP 11.05.03, Sachkonto 53180000) von 443.080 € und im Amt für Jugend und Familie (PSP 11.06.01 und 11.06.02, Sachkonto 53180000) von 1.307.846 €.**
- 2. Die Ansätze ab 2027 sind budgetneutral im Rahmen der Haushaltsplanung 2027 entsprechend umzuplanen.**
- 3. Alle Auszahlungen im Rahmen der vom Trägerbudget umfassten Verträge mit der Diakonie für Bielefeld, die vom Amt für Soziale Leistungen und dem Amt für Jugend und Familie bereits für die neue LuF-Periode 2026-2028 noch aus den bisherigen PSP-Elementen geleistet wurden, werden jeweils summiert auf die neuen PSP-Elemente umbucht.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2026-2028 **hier: Prüfauftrag im Zusammenhang der Problemanzeige der** **Freiwilligenagentur Bielefeld e.V.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0669/2025-2030

Frau Krutwage stellt die Vorgehensweise und den Vorschlag der Verwaltung dar. Sie informiert über die Hintergründe und die Wesensmerkmale der beiden Angebote.

Eine Abfrage im letzten Jahr habe ergeben, dass bei den Nutzer*innen der Freiwilligenagentur ein Motiv auch der Spracherwerb sei. Das bedeute, dass viele Menschen, die nach Bielefeld kämen, durch ihr freiwilliges Engagement bei ihrer Integration unterstützt würden.

Die Freiwilligenagentur strebe an, Tandems zu bilden mit langjährig ehrenamtlich Engagierten und zugewanderten Menschen mit Interesse an ehrenamtlichem Engagement. Für junge zugewanderte Menschen im Studium gebe es [YOUNGagement](#). Es sollten künftig auch gezielt Austauschformate angeboten werden, um Einrichtungen und Institutionen zu unterstützen, in die entstehenden Lücken hineinzugehen.

Frau Krutwage wirbt für die Stärkung der Freiwilligenagentur, die mit ihrer breit aufgestellten Träger- und Angebotslandschaft für das zivilgesellschaftliche Engagement von großem Nutzen sei.

Herr Hood begrüßt grundsätzlich die Zusammenfassung der Angebote. Er fragt, was mit den zusätzlich zur Verfügung gestellten Finanzmitteln konkret finanziert werden solle und was aus dem ursprünglich angezeigten Finanzbedarf finanziert werde. Er regt an, die Freiwilligenagentur in eine der nächsten Sitzungen einzuladen. Sie könne dann ihre Arbeit vorstellen und gemeinsam mit dem Ausschuss darüber diskutieren, wie die Freiwilligenarbeit in Bielefeld weiter unterstützt und gestärkt werden könne.

Herr Schmitz fragt, wie erfolgreich die einzelnen Projekte gewesen seien. Wie viele Freiwillige habe es bei „Macht zusammen Bielefeld“ gegeben?

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet hierauf, dass das Projekt pro Jahr etwa 100 bis 150 Menschen, die noch nicht lange in Deutschland lebten, in das Ehrenamt begleitet habe. Die Freiwilligenagentur werde durch die Mittelverschiebung zwar gestärkt, werde diese ganz enge Begleitung aber nicht mehr leisten können, dafür aber ihre Lotsenfunktion anbieten.

Herr Schmitz möchte weiter wissen, was mit der AWO-Freiwilligenakademie nach dem 31.12.2026 geschehe. Er befürchte, dass dieses Angebot wegbrechen werde und habe daher Probleme mit dem Punkt 2. des Beschlussvorschlages.

Frau Hopster antwortet hierzu, dass ihrer Kenntnis nach die Freiwilligenakademie ihre Arbeit fortsetzen werde und nicht deswegen einstelle, weil der Ausschuss dem Beschlussvorschlag folge. Das Projekt „Macht zusammen Bielefeld“ sei 2015/2016 im Rahmen der damaligen Fluchtbewegungen konzipiert und eingerichtet worden, mittlerweile passe das Label „Flucht“ nicht mehr, so dass eine Veränderung angebracht sei. Sie betont, dass die Freiwilligenagentur die zentrale Anlaufstelle sei für alles, was mit freiwilligem Engagement in Bielefeld zu tun habe. Ihrer

Ansicht nach sollte diese Anlaufstelle mit Finanzmitteln und Personal ausreichend ausgestattet sein. Dazu gehöre auch eine Geschäftsführung, die den Kontakt zur Politik und Wirtschaft pflege und Spenden akquiriere. Weiterhin solle mit den in Rede stehenden Finanzmitteln die tarifliche Bezahlung der Mitarbeitenden gewährleistet werden.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger greift den Wunsch auf, dem Ausschuss die Arbeit der Freiwilligenagentur mit ihren Möglichkeiten und Grenzen einmal vorzustellen.

Nach Abschluss der Diskussion erfolgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Beschluss:

1. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt das Ergebnis des Prüfauftrages im Zusammenhang der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) zur Freiwilligenarbeit zur Kenntnis.
2. Die Förderung des Projektes „Macht zusammen Bielefeld“ unter dem Dach der AWO Freiwilligenakademie OWL endet am 31.12.2026.
Ausgehend von der Problemanzeige der Freiwilligenagentur Bielefeld e.V. sollen die hierdurch freiwerdenden Mittel ab 2027 zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Freiwilligenagentur Bielefeld e.V. eingesetzt werden.
3. Die LuF „Zeit für Neues“ mit dem AWO Kreisverband Bielefeld wird ab 2026 inhaltlich und die Förderung betreffend unter dem Dach der Freiwilligenagentur angesiedelt und weitergeführt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 12

Umschichtung von Haushaltsansätzen für Stadtteilmütter und -väter

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0631/2025-2030

Nach einer kurzen Erläuterung der Vorlage durch den Ersten Beigeordneten Herrn Nürnberger fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

1. Im Haushaltsjahr 2026 wird im Budget des Büros für Sozialplanung (PSP 11.01.31.02.0014, Sachkonto 53180000) ein Betrag in Höhe von insg. 239.757 € für die Leistungs- und

Finanzierungsvereinbarungen zu den Stadtteilmüttern und -v Vätern außerplanmäßig nachbewilligt. Die Deckung erfolgt in voller Höhe durch Minderaufwendungen im Budget des Amtes für Jugend und Familie (PSP 11.06.01 und 11.06.02, Sachkonto 53180000) in gleicher Höhe.

2. Die Ansätze ab 2027 sind budgetneutral im Rahmen der Haushaltsplanung 2027 entsprechend umzuplanen.
3. Alle Auszahlungen im Rahmen der von den Stadtteilmütter und -Väter umfassten Verträge, die vom Amt für Jugend und Familie bereits für die neue LuF-Periode 2026-2028 noch aus den bisherigen PSP-Elementen geleisteten wurden, werden jeweils summiert auf die neuen PSP-Elemente umgebucht.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13

Benennung der Mitglieder des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0098/2025-2030

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Nach Nr. 4 der Satzung für den Psychiatriebeirat der Stadt Bielefeld werden folgende Personen als Mitglieder des Psychiatriebeirates ernannt:

	Name	Institutionen, Initiativen sowie Nutzerinnen- und Nutzergruppen
1.	Thorsten Buick	Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Bielefeld (AGW)
2.	Beate Graul	Gemeindepsychiatrischer Verbund Bielefeld (GPV) e.V.
3.	Heleen Blondeel	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Ev. Klinikum Bethel gGmbH
4.	Nicola Steininger	Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie des Ev. Klinikum Bethel gGmbH
5.	Sabine Jacobs	Stiftungsbereich Bethel.regional der v. Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel
6.	- Verzicht -	Verband Niedergelassener Nervenärztinnen und Nervenärzte (delegiert v. der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe - Bezirksstelle Bielefeld)
7.	Daniela Brandtner	Niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (delegiert von der APP)
8.	Jan-Gert Hein	Drogenberatung e. V. Bielefeld

9.	Frank Gauls	Arbeitsgemeinschaft Suchthilfe Bielefeld (AGS)
10.	Annegret Storp	Trägerverbund der Ambulanten Suchthilfe Bielefeld zur Weiterentwicklung des Beratungsangebotes für suchtkranke Menschen
11.	Andrea Kröpp	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Bielefeld (PSAG)
12.	Cornelia Neumann	Prävention und Beratung (delegiert von der Fachgruppe Beratung und Therapie der PSAG)
13.	Anke Lesner	Arbeitskreis Frauen, Mädchen, Sucht und Psychiatrie
14.	Dilek Dogan-Alagöz	Netzwerk Migration und psychosoziale Versorgung der PSAG
15.	Ilja Trojan	Arbeitskreis Kooperationsgespräch – Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe
16.	Rainer Göke	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) - Inklusionsamt Soziale Teilhabe
17.	Jens Köhler	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt - Sozialpsychiatrischer Dienst (SPsD)
18.	Anke Berkemeyer	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt-
19.	Andrea Dammann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt-
20.	Sonja Bergenthal	Psychiatriekoordination (Büro für Sozialplanung)
21.	Bernadette Brandtmann	Praxisnetz Kinder- und Jugendlichen-psychotherapeut:innen Ostwestfalen e.V.
22.	Nadine Schmerbach	Netzwerk Wohnungsnotfallhilfe
23. 1	Özgür Aydin	Verein Psychiatrie-Erfahrener Bielefeld e.V. (VPE)
23. 2	Carmen Hammer	Verein Psychiatrie-Erfahrener Bielefeld e.V. (VPE)
23. 3	Gabriele Braum	Verein Psychiatrie-Erfahrener Bielefeld e.V. (VPE)
24. 1	Udo Pohle	Angehörige von Menschen mit psychischer bzw. Suchterkrankung in Bielefeld
24. 2	N.N.	Angehörige von Menschen mit psychischer bzw. Suchterkrankung in Bielefeld
25	Boris Niemann	fS - Verein für freiwillige Suchtselbsthilfe in Bielefeld e. V

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14 Information über Wahlergebnisse

Zu Punkt 14.1 Ergebnis der Wahl zum Beirat für Behindertenfragen für die Wahlperiode 2025 - 2030

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0298/2025-2030/ 1

(ersetzt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 0298/2025-2030)

- Der Ausschuss nimmt die ersetzende Informationsvorlage Drs.-Nr. 0298/2025-2030/1 zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 14.2 Ergebnis der Wahl zum Seniorenrat für die Wahlperiode 2025 - 2030

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0786/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 0786/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 15 Werbemaßnahmen für das BI-Pass-Ticket

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0715/2025-2030

Herr Hood bedankt sich für die Maßnahmen und kündigt an, das Thema weiter zu beobachten.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 0715/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 16 Vorstellung der Gesundheitsmanagerin mit ihren Aufgaben

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0691/2025-2030

Vorsitzende Frau Beier begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Kitzig als Berichterstatte(r)in. Diese stellt sich und ihre Aufgaben als Gesundheitsmanagerin mittels einer Präsentation vor, die der Niederschrift als „**Anlage 2** zu TOP 16 Präsentation Gesundheitsmanagerin“ beigefügt ist.

Im Anschluss beantwortet Frau Kitzig Fragen der Anwesenden.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 0691/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 17 Bericht über die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0053/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 0053/2025-2030 zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 18 Lachgas – Information zu einer Gesetzesinitiative

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0459/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 0459/2025-2030 zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 19 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Ausblick

Frau Krutwage verweist darauf, dass Prüfaufträge der letzten Wahlperiode zur Freiwilligenagentur, dem BI-Pass-Ticket und zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen in dieser Sitzung aufgegriffen worden seien.

Sie informiert darüber, dass dem Ausschuss in der nächsten Sitzung am 14.04.2026 die neue Plattform „BielefeldKompass“ vorgestellt werde. Hierin sei die Internetseite BiSON aufgegangen, was auch ein Auftrag aus der letzten Wahlperiode gewesen sei.

In der kommenden Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses würden zudem u.a. folgende Themen behandelt:

- Wohnungsbauförderung
- Zwischenbericht zum Projekt „Psychisch krank im Alter“
- Bestandsaufnahme der Wohnungslosenhilfe

-.-.-

Frau Beier stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nichtöffentliche Sitzung:

Zu Punkt 20 Kenntnisnahme des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift über die 52. Sitzung (2020-2025) des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 24.06.2025

- Der Ausschuss nimmt den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die 52. Sitzung (2020-2025) des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 24.06.2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 21 Mitteilungen

Es liegen keine nichtöffentlichen Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 22 Anfragen

Es liegen keine nichtöffentlichen Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 23 Anträge

Es liegen keine nichtöffentlichen Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 24 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Ausblick

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 25 Bericht an die Presse aus nichtöffentlicher Sitzung

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Beier schließt die Sitzung um 19:39 Uhr.

Gez.

Gez.

Angelika Beier
(Vorsitzende)

Britta Zimmermann
(Schriftführung)